

Polen

Gesamteinschätzung

Während Polens Wirtschaft in den ersten beiden Quartalen 2000 mit 6% bzw. 5,2% ein bemerkenswertes Wachstum erreichte, schwächte sich die Konjunktur im Jahresverlauf (3. Quartal: +3,3%, 4. Quartal: +2,4%) stetig ab. Für das ganze Jahr 2000 ergibt sich damit eine unter den Erwartungen (5,4%) liegende Wachstumsrate von 4,1%. Sie fiel damit genauso hoch wie im Vorjahr aus, sodass die Rückkehr zu dem raschen Aufholprozess der Jahre 1995 bis 1998 (jahresdurchschnittlicher BIP-Anstieg von ca. 6%) noch nicht gelungen ist. Diese vor allem durch die schwache Binnennachfrage (privater Konsum +2,4%, öffentlicher Verbrauch: +1,1%) und Investitionsmüdigkeit (+3,1%) bedingte Konjunkturschwäche konnte nur durch einen positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels (Exporte: +15,5%) kompensiert werden. Auch im laufenden Jahr zeigen die ersten Quartalsergebnisse (BIP-Anstieg ca. 2%) keine fundamentale Trendwende. Demnach ist für 2001 nur mit einem Wachstum von ca. 3% zu rechnen. Teilweise wird der restriktiven Geldpolitik (Realzinsen von über 10%) die Verantwortung für den konjunkturellen Abschwung gegeben, doch war der Spielraum der Zentralbank für Zinssenkungen aufgrund des Inflationsdrucks (10,1%) und des ausländischen Kapitalzuflusses zur Finanzierung der fiskalischen Defizite begrenzt. 2001 zeichnet sich eine Verlangsamung der Inflation (6% bis 7%) ab, sodass die im Februar und März vollzogenen Zinssenkungen sich im Jahresverlauf fortsetzen dürften. Das Leistungsbilanzdefizit (6,2% des BIP) entspannte sich, wogegen der Saldo des konsolidierten Haushalts (-3, 2% des BIP) das anvisierte Ziel überschritt (-2,8% des BIP). Während sich 2001 das Leistungsbilanzdefizit auf etwa 5,6% des BIP weiter stabilisieren kann, drohen angesichts der Konjunkturlaute und einer laxen Haushaltsdisziplin größere Budgetdefizite (pessimistische Prognose: Zentralbudget über 4%). Zu befürchten ist, dass die 2000 dramatisch gewachsene Arbeitslosigkeit (Dez. 2000: 15,0; März 2001: 15,9%) bis auf 17% steigt. Die Parlamentswahlen im September können zu einem politischen Machtwechsel zugunsten der Linken führen, ohne dass ein gravierender wirtschaftspolitischer Kurswechsel insbesondere bezüglich des Zieles eines raschen EU-Beitritts zu erwarten wäre.

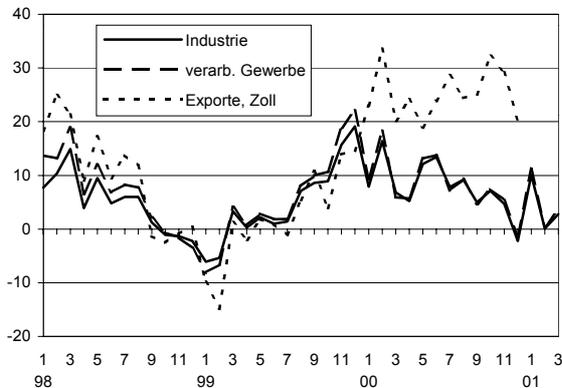
Produktion und Verwendung des BIP

Das polnische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2000 nach den vorläufigen Angaben des statistischen Amtes (GUS) um 4,1% (real, so auch die folgenden Angaben) genauso stark wie im Vorjahr gewachsen und lag damit wiederum um ca. einen Prozentpunkt unter den Prognosen der Regierung. Der konjunkturelle Tiefpunkt scheint damit noch nicht durchschritten, zumal die relativ hohen Wachstumsraten der ersten beiden Quartale 2000 (6,0% und 5,2%) in der zweiten Jahreshälfte deutlich unterschritten wurden (3,3% und 2,4%). Auch für das erste Quartal 2001 gehen Schätzungen von einem BIP-Anstieg von nur 2% aus, sodass für das laufende Jahr 2001 ein Wirtschaftswachstum von ca. 3% zu erwarten ist. Die in der zweiten Jahreshälfte 2000 erfolgte Wachstumsabschwächung war vor allem das Ergebnis einer schwächeren Binnennachfrage. Der private und öffentliche Verbrauch stieg nur noch um 2,5% (1999: 4,9%), doch verloren auch die Investitionen an Dynamik (3,1%, 1999: 6,5%). Die restriktive Finanz- und Fiskalpolitik hat hier ihre Spuren hinterlassen. Von der Außenwirtschaft gingen indes positive Wachstumseffekte aus, da der Export nach Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um fast 15%, die Importe indes nur um ca. 8% stiegen. Die schrittweisen Zinssenkungen dürften die Binnennachfrage nur langsam wieder stärken (Prog-

nose: Verbrauch +2,4%, Investitionen +4,1%), sodass der Außenwirtschaft (Prognose: Export +8%, Import +6%) weiterhin eine wichtige konjunkturelle Bedeutung zukommt.

Auf der Produktionsseite des BIP ist die Wachstumsabschwächung 2000 weniger durch die Industrie (Produktion +6,8%, 1999: +3,6%) als vielmehr durch die Bauwirtschaft (-1%, 1999: +9,4%) und die Landwirtschaft (-4,1%) hervorgerufen worden. Dennoch hat die schwache Binnennachfrage vor allem Konsumgüterindustrien negativ beeinflusst (nur +2%), was sich auch in der zweiten Jahreshälfte in rückläufigen Einzelhandelsverkäufen widerspiegelte. Beispielsweise ist die Nachfrage nach PKWs (-25%), aber auch nach Möbeln, TVs sowie anderen Konsumgütern und sogar nach Nahrungsmitteln deutlich zurückgegangen. Die Produktion von Zwischenprodukten stieg dagegen um ca. 11% und von Investitionsgütern um ca. 9%. Das industrielle Produktivitätswachstum war 2000 hauptsächlich aufgrund eines weiteren Beschäftigungsabbaus mit einem Plus von ca. 14% (1999: +9,2%) beachtlich. Im ersten Quartal 2001 zog die Industrieproduktion wieder etwas stärker an (+5,3%). Unklar bleibt, ob nunmehr schon die konjunkturelle Wende eingeleitet ist. Für das gesamte Jahr 2001 wird vielmehr nur mit einem Produktionswachstum der Industrie von ca. 4,5%, der Bauwirtschaft von ca. 3% und mit einer stagnierenden Agrarproduktion gerechnet.

Entwicklung der Industrieproduktion insgesamt, des verarbeitenden Gewerbes und der Exporte (reale Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahresmonat)



Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Hohe Arbeitslosigkeit stellt für die polnische Wirtschaft zur Zeit ein großes Problem dar. Im letzten Jahr hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt erneut zugespitzt. Die Arbeitslosenquote erreichte Ende Dezember 2000 mit 15% (1999: 13,1%) den höchsten Stand seit September 1995. Dieser Aufwärtstrend setzte sich zum Jahresanfang 2001 fort, Ende Januar waren 15,6% der abhängigen Erwerbstätigen ohne Beschäftigung, Ende Februar 15,8%. Kurzfristig ist nicht mit einer Entspannung der Arbeitsmarktlage zu rechnen. Dabei sind die regionalen Disparitäten weiterhin stark ausgeprägt. Während die Arbeitslosigkeit in der zentralpolnischen Region Masowien bei 11% liegt, erreicht sie in den Regionen Ermsland-Masuren und Westpommern 25%, in den strukturschwachen und ländlichen Kreisen Masurens sogar über 33%.

Die Gründe für die bestehende hohe Arbeitslosigkeit liegen insbesondere in der seit 1998 anhaltenden Wachstumsabschwächung der polnischen Wirtschaft, den umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen in defizitären Branchen wie der Kohle-, Stahl- und Bauindustrie sowie in den hohen Lohnnebenkosten und dem nach wie vor stark regulierten Arbeitsmarkt. Infolge eines starken Zustroms geburtenstarker Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt verbunden mit dem durchschnittlich sehr niedrigen Bildungsniveau der Absolventen hat sich dabei auffallend stark auch die Arbeitsmarktsituation für Berufseinsteiger verschlechtert. Der Anteil der Arbeitslosen im Alter bis 24 Jahre stieg zum Jahresende 2000 auf über 30%. Für 80% der insgesamt rund 2,8 Millionen Arbeitslosen verschärfte sich die wirtschaftliche Situation noch dadurch, dass ihnen der Anspruch auf Arbeitslosengeld verwehrt blieb. Demgegenüber stellte der Staat für die aufgrund von industriellen Umstrukturierungsmaßnahmen entlassenen Arbeits-

kräfte großzügige Finanzhilfen bereit. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Polen wird auch von internationalen Organisationen (OECD, Weltbank) eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gefordert, die u.a. insbesondere in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu einer Senkung der Minimallöhne führen sollte.

Infolge der kritischen Situation auf dem Arbeitsmarkt stieg der durchschnittliche Reallohn (brutto) im Jahr 2000 in der Gesamtwirtschaft lediglich um 1,9% (1999 betrug er 4,7%). Im Unternehmenssektor fiel die Zunahme der Bruttoeallöhne mit 1,3% (gegenüber 3% in 1999) noch moderater aus. Dabei mußten die Beschäftigten in Problembranchen, wie z. B. in der Kohle-, Stahl-, Holz- und Textilindustrie, Einbußen bei den Reallohnen hinnehmen. Renten und Pensionen gingen real um 2% zurück; im Agrarsektor betrug der Rückgang der Renten und Pensionen 2,5%.

Zu der kritischen sozialen Entwicklung in Polen trug auch die zunehmend angespannte Situation im Gesundheitswesen bei. Mit der zu Beginn des Jahres 1999 in Kraft getretenen Reform des Gesundheitswesens wurde die bis dahin staatliche Versicherung von einer allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung (Pflichtversicherung mit nur wenigen Ausnahmen) abgelöst. Das Grundmodell der polnischen Krankenkasse bilden dabei 16 Regionalkassen in den jeweiligen Wojewodschaften, deren wichtigste Finanzierungsquelle die einkommensabhängigen, von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Beiträge in Höhe von 7,5% des Bruttoeinkommens darstellen. Für Personen, die die Versicherungsprämien nicht selbst entrichten können (z. B. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger) zahlt der Staat die Prämien aus dem Haushalt. Die Kassen schließen direkt mit den Ärzten und Krankenhäusern Verträge über medizinische Leistungen und deren Bezahlung ab. Träger der Krankenhäuser und anderer, ehemals staatlicher Einrichtungen des Gesundheitswesens sind jetzt die Selbstverwaltungsorgane in den Wojewodschaften. Neben den regionalen Krankenkassen wurde eine gesamtstaatliche Kasse für „Uniformierte“ wie Militär, Polizei, Eisenbahn und Post eingerichtet.

Ungeachtet der eingeleiteten Reformschritte blieb die Ausstattung der Ärzte und Krankenhäuser mit medizinischen Geräten nach wie vor rückständig. Zudem fordert die qualitative und quantitative Unterversorgung der Bevölkerung den Patienten neben den langen Wartezeiten zumeist noch zusätzliche Bargeldzahlungen für die erforderlichen Behandlungen ab, obwohl mit den Pflichtbeiträgen theoretisch eine kostenlose Behandlung und Chancengleichheit beim Zugang zu den Gesundheitsleistungen sichergestellt werden sollte. Durch den wochenlangen Streik von zahlreichen Angehörigen des medizinischen Pflegepersonals zur Durchsetzung von Gehaltserhöhungen spitzte sich im vergangenen Jahr die Lage im polnischen Gesundheitswesen weiter zu.

Auch nach den bislang durchgeführten Reformen weist das polnische Gesundheitswesen noch erhebliche strukturelle und finanzielle Mängel auf. Wettbewerb zwischen den Krankenkassen und den Leistungsanbietern sowie Anreize zur Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Qualität werden durch die Reformgesetze bislang ausgeschlossen. Zudem besteht für die Versicherten im Bereich der Pflichtversicherung faktisch keine Wahlmöglichkeit bezüglich der Krankenkassen. Statt dessen unterliegen weite Bereiche des Gesundheitswesens trotz der formalen Unabhängigkeit vom Staatshaushalt unverändert starken staatlichen und zentralistischen Einflüssen (einschließlich einer immer noch starken Subventionierung), wobei die mangelnde Transparenz des Systems durch eine unklare Zuweisung von Kompetenzen auf die einzelnen Verantwortungsebenen noch vergrößert wird. Hinzu kommt, dass die Krankenkassen ebenso wie die regionalen Selbstverwaltungsorgane nicht über genügend Mittel zur Finanzierung des erforderlichen Leistungsumfangs verfügen. Hier zeigt sich, dass die Pflichtbeiträge mit 7,5% des Bruttoeinkommens bzw. die Einnahmen der Selbstverwaltungsorgane keine ausreichende Finanzierungsbasis für die Erreichung der angestrebten Reformziele bilden. Zudem müssen sich die Leistungsanbieter auf den wirtschaftlichen Umgang mit den knappen Ressourcen erst noch einstellen (z. B. Einführung eines Krankenhausmanagements). Ebenso stehen die Zulassung von privaten Krankenversicherungen sowie die Privatisierung von Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen erst am Anfang.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Auch die Fiskalpolitik hat die anvisierten Ziele teilweise verfehlt. Der Saldo des zentralen Staatshaushaltes lag zwar mit einem Minus von ca. 2,2% des BIP etwas unter den Zielvorgaben (2,3% des BIP, 1999 2%), doch der Saldo der öffentlichen Haushalte (einschließlich Kommunen, Sozialversicherung etc.) erreichte etwa eine Größenordnung von -3,3% des BIP (ursprünglich anvisiert -2,8% des BIP, 1999: 3,5%). Verantwortlich waren hierfür vor allem höhere Ausgaben im Bildungswesen und Sozialsystem, Kompensationszahlungen für Ärzte, eine höhere Verschuldung der territorialen Selbstverwaltungen und eine niedrigere Ausgabendisziplin. Auf der Einnahmenseite waren indirekte Steuern (u.a. die Mehrwertsteuer) führend (59% der gesamten Einnahmen). Erfreulich haben sich die Privatisierungserlöse (26,7 Mrd. Zloty) entwickelt, die um 6,6 Mrd. Zloty (ca. 33%) höher als erwartet ausfielen. Für 2001 werden indes geringere Einnahmen erwartet.

Die Fiskalpolitik 2001 steht auch im Zeichen der Wahlen, die für den Herbst angesetzt sind. Die AWS-Regierung konnte zwar durch eine Absprache mit der Freiheitsunion - Leszek Balcerowicz wurde im Gegenzug Nationalbankchef – den Haushalt An-

fang Februar 2001 durch den Sejm bringen. Die Gefahr besteht jedoch, dass die AWS-Regierung angesichts ihrer schlechten Wahlchancen noch etwas stärker ihre Klientel bedienen möchte. Das im März 2001 verabschiedete Budget weist 2001 ein Defizit des Zentralhaushaltes von 2,6% des BIP und des konsolidierten Haushaltes von über 3% aus. Diese Vorgaben sind jedoch auch aus anderen Gründen wenig realistisch. Das Budget geht von zu optimistischen Wachstumsprognosen (4,5% anstatt der wahrscheinlichen 3%) sowie einer sinkenden Arbeitslosenrate und zu niedrig angesetzten Ausgaben zur Vorbereitung des EU-Beitritts (u.a. Umweltinvestitionen) aus. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass das Budgetdefizit deutlich höher ausfallen wird. Die Ergebnisse des ersten Quartals bestätigen dies, da insbesondere aufgrund sinkender Einkommenssteuern das geplante Jahresdefizit schon zu ca. 73% erreicht wurde. Pessimistische Prognosen gehen sogar von einem Defizit des Zentralhaushaltes von über 4% aus.

Inflation und Geldpolitik

Polens makroökonomische Politik befindet sich in einem Dilemma. Die inflationären Gefahren sind trotz einer im Jahresverlauf 2000 sinkenden Preissteigerung nicht gebannt. Steigende Preise für Nahrungsmittel (verursacht u.a. durch schlechte Ernten), Dienstleistungen und Energie führten zu einer Inflationsrate im Konsumgüterbereich von 10,1% (1999: 7,3%), die deutlich über den anvisierten Zielen lag (5,7%). Dieser inflationäre Druck in Kombination mit dem hohen Leistungsbilanzdefizit sowie steigenden Staatsausgaben veranlasste die Zentralbank zu einer restriktiven Geldpolitik. Die hohen Realzinsen - teilweise über 10% - wirkten im Jahresverlauf bremsend auf Konsum und Investitionen, was zunehmend die Binnenkonjunktur negativ beeinflusste. Positiv war zwar, dass Inflation und Leistungsbilanzdefizit sich tendenziell verminderten, doch die konjunkturellen Bremsspuren wirken sich zunehmend negativ nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern auch auf die Staatseinnahmen aus. Ein größerer Anteil des Staatsdefizits muß dann durch für Ausländer sehr attraktive Staatsanleihen finanziert werden, die dann zu einer unerwünschten realen Aufwertung (negative Auswirkungen für die Exportwirtschaft) der Währung führen.

Angesichts der konjunkturellen Abschwächung war der Druck zur Senkung des Zinsniveaus groß. Die Zentralbank musste jedoch vorsichtig vorgehen, weil der Kapitalzufluss wiederum inflationäre Gefahren mit sich bringt, denen mit einer restriktiven Geldpolitik begegnet werden mußte. Dies macht verständlich, dass die Zentralbank nur schrittweise das Zinsniveau vom Februar bis Ende März senkte und ständig auf die Verantwortung der Fiskalpolitik hinweist, die Haushaltsdefizite in Grenzen zu halten. Die Verschuldungspolitik der Regierung belastet

nämlich direkt die gesamte Wirtschaftssituation, d.h. Produktion und Konsum, da alle unter dem hohen Zinsniveau leiden. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die Geldpolitik weiter gelockert wird, zumal angesichts der schwachen Konjunktur wichtige interne und externe Inflationsursachen (moderates Lohnwachstum und geringere Energiepreiserhöhungen sowie günstigere Situation der Landwirtschaft) sich abschwächen. Es ist deshalb durchaus möglich, dass die Inflation 2001 zwischen 5% und 6% liegen wird und auch im folgenden Jahr weiter abnehmen wird. Bis Ende 2003 strebt die Nationalbank einen Wert von ca. 4% an.

Der polnische Aktienmarkt, der sich nach einer kräftigen Kurskorrektur im Herbst 1999 zunächst sichtlich erholte, gab wie die meisten Märkte Europas 2001 nach. Der Rückgang des polnischen Aktienindex WIG betrug im Jahresverlauf ca. 6%. Angesichts der Aufwertungstendenzen des Zlotys gegenüber dem Euro blieben die realen in Euro berechneten Verluste für europäische Anleger allerdings begrenzt. Der Aktienmarkt dürfte von der EU-Beitrittsperspektive und dem verstärkten Engagement der Altersrentenfonds im Aktienmarkt profitieren und 2001 ein Aufwärtspotential besitzen.

Außenhandel, Zahlungsbilanz und ausländische Direktinvestitionen

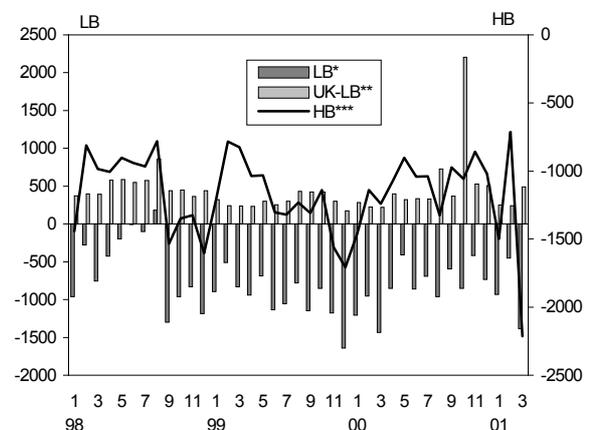
Nachdem die außenwirtschaftlichen Ergebnisse 1999 enttäuschend, teilweise sogar besorgniserregend ausfielen, hat sich die Lage in diesem Bereich 2000 entspannt. Die Exporte sind 2000 gegenüber dem Vorjahr, in USD berechnet (laufende Preise, Angaben der Zollstatistik), um 15,5% und auf Euro-Basis sogar um 33,9% gestiegen. Ähnlich wie in den Jahren zuvor divergieren die Angaben zwischen der Zahlungsbilanz- und der Außenhandelsstatistik vor allem wegen der unterschiedlichen Erfassung des grenznahen Kleinhandels. Auch die Angaben der Zahlungsbilanzstatistik zeigen für 2000 ein positives Bild mit einer Exportsteigerung von 7,3%. Diese in USD dargestellte Exportentwicklung wird allerdings durch Wechselkurseffekte verzerrt, da der Euro gegenüber dem USD schwach blieb und Polen etwa 50% des Handels mit der Euro-Zone abwickelt.

Aufgrund der gedrosselten Inlandskonjunktur stiegen die Einfuhren in USD berechnet deutlich langsamer als die Exporte d.h. um 6,6% (Zollstatistik) bzw. 1,3% (Zahlungsbilanzstatistik). Das im Vergleich zu den Exporten geringere Importwachstum führte letztlich dazu, dass das Handelsbilanzdefizit (Zahlungsbilanzstatistik) sich auf 13,1 Mrd. USD verminderte (1999: 14,4 Mrd. USD). Auch die Zollstatistik weist ein geringeres Defizit von 17,3 Mrd. USD aus (18,5 Mrd. USD). Noch Anfang 2000 geäußerte Befürchtungen, das Leistungsbilanzdefizit könnte sich auf gefährliche Margen erhöhen, haben sich damit nicht bestätigt. Das geringere Defizit der

Handelsbilanz drückte auch das Leistungsbilanzdefizit auf 6,3% des BIP (1999, 7,5%). Trotz dieser positiven Außenhandelsentwicklung dürfen die Probleme der polnischen Exportwirtschaft vor allem im Bereich höherer technologischer Erzeugnisse nicht übersehen werden. Die polnischen Unternehmen werden sich noch erheblich anstrengen müssen, um in einem gemeinsamen Binnenmarkt ihre Wettbewerbsfähigkeit behaupten zu können.

Dennoch kann für 2001 damit gerechnet werden, dass die Exporte weiter dynamisch steigen, wenngleich das konjunkturelle Umfeld in Westeuropa nicht so günstig ist wie 2000. Dies bestätigen die ersten Quartalsergebnisse, da das Handelsbilanzdefizit mit ca. 3,1 Mrd. USD (1999: 3,8 Mrd. USD) sowie das Leistungsbilanzdefizit mit 5,2% des BIP (1999: 9,4% des BIP) geringer als im Vorjahr ausfallen. Für 2001 wird damit gerechnet, dass sich das Leistungsbilanzdefizit auf 5,6% des BIP stabilisiert. Damit wäre Polen makroökonomisch auf einem soliden Pfad, zumal mit einem weiteren hohen Kapitalzufluss gerechnet werden kann. Spekulative Attacken gegen die polnische Währung sind auch weiterhin aufgrund des frei floatenden Wechselkurses, der noch bestehenden Kontrollen im kurzfristigen Kapitalverkehr, der positiven Wirtschaftsaussichten und aufgrund der hohen Währungsreserven (27,4 Mrd. USD) sowie wegen der geringen kurzfristigen Verbindlichkeiten im Ausland eher unwahrscheinlich. Auch dürften Umfang (64 Mrd. USD) und Struktur der Auslandsverschuldung kein zusätzliches Risiko darstellen. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass die reale Aufwertung des Zlotys nicht zuletzt aufgrund kurzfristiger Kapitalzuflüsse zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten ein genau zu beobachtendes Problem bleibt.

Leistungs- und Handelsbilanzsaldo sowie Saldo der nicht-registrierten Transaktionen (Mio. USD) von Juli 1997 bis Oktober 1998



* Leistungsbilanzsaldo (linke Seite); ** nicht-klassifizierte Transaktionen der Leistungsbilanz (Saldo); *** Handelsbilanzsaldo (rechte Seite).

Quelle: Polnische Nationalbank.

Positiv ist jedoch, dass Polen einen Großteil des Leistungsbilanzdefizits durch ausländische Direktinvestitionen (ADI) finanzieren kann. Das Vertrauen ausländischer Investoren bestätigt sich auch 2000, obwohl einige Irritationen bei der Privatisierung der Versicherung PZU entstanden (siehe nächster Abschnitt). Dennoch hat 2000 der ADI-Zufluss nach Polen mit ca. 10,6 Mrd. USD (1999: 8,3 Mrd. USD, Angaben der Investitionsbehörde) ein Rekordergebnis erzielt. Der kumulierte Betrag erreicht damit seit 1990 ca. 50 Mrd. USD. Für das Jahr 2001 wird wieder mit ähnlich hohen Investitionen von 6 bis 10 Mrd. USD gerechnet. Wichtigster Investor waren 2000 erstmals französische Unternehmen, nachdem sich die France Telekom mit ca. 3,1 Mrd. USD in der polnischen Telekommunikationsgesellschaft TPSA engagiert hatte. Auf Platz zwei folgte die USA mit 2,9 Mrd. USD und auf Platz drei Deutschland mit 1,6 Mrd. USD. In diesen Zahlen sind jedoch nur die größeren deutschen Investitionen (180 Unternehmen) berücksichtigt, es fehlen Angaben über die zahlreichen kleineren Investitionen von mehreren tausend deutsch-polnischen Joint-Ventures. Aus der deutschen Zahlungsbilanzstatistik ist erkennbar, dass der Zufluss der deutschen ADI nach Polen 2000 mit 1,6 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr (4,3 Mrd. DM) zurückgegangen ist.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Unter dem Einfluss der Beitrittsverhandlungen wurde der lange eher zurückhaltend betriebene Umstrukturierungs- und Privatisierungsprozess in strategisch wichtigen Bereichen im vergangenen Jahr trotz einiger Rückschläge weiter vorangetrieben. Einer dieser Bereiche ist der polnische Telekommunikationsmarkt, der sich zu einem der dynamischsten Sektoren entwickelt hat. Hierzu trugen einerseits die fortschreitende Liberalisierung des Nah- und Ferngesprächsmarktes und andererseits das starke Wachstum im Mobilfunkbereich bei. Mit dem am 1.1.2001 in Kraft getretenen neuen Telekommunikationsgesetz wurde die vollständige Liberalisierung des Nah- und Ferngesprächsmarktes ab 2002 sowie die Freigabe des Zugangs zum Auslandsgesprächsmarkt ab 2003 beschlossen. Im Vorfeld dieses Gesetzes schritt im letzten Jahr auch der Privatisierungsprozess im Telekommunikationssektor voran, z. B. in Form einer Teilprivatisierung der staatlichen Telekommunikationsgesellschaft Telekomunikacja Polska SA (TPSA) durch den Verkauf von 35% der Anteile an ein Konsortium aus France Télécom (25%) und der polnischen Kulczyk Holding SA (10%) für 4,5 Mrd. Euro. Ferner hat die unter chronischer Liquiditätsschwäche leidende polnische Energie-, Kabel- und Telekomgruppe Elektrim SA im Dezember vergangenen Jahres mit der deutschen Telekom eine Vereinbarung über den Verkauf von

Mehrheitsbeteiligungen an sechs Festnetzöchtern der polnischen Gruppe getroffen, die gegenwärtig jedoch auf den gerichtlichen Widerstand der an einer Vivendi-Tochter beteiligten französischen Vivendi-Gruppe stößt.

Im Rahmen der zum Jahresende 2000 abgeschlossenen Versteigerung der UMTS-Lizenzen wurden schließlich drei Lizenzen für je 650 Mio. Euro und einer Laufzeit von jeweils 20 Jahren an die Mobilfunkbetreiber Polska Telefonia Cyfrowa, einer gemeinsamen Tochter der Deutschen Telekom, Vivendi und der Elektrim SA, die Tele Danmark-Tochter Polkomtel sowie Centertel, einem Gemeinschaftsunternehmen von France Télécom und TPSA, vergeben.

Umstrukturierungsmaßnahmen wurden auch im Elektrizitätssektor durchgeführt. Mehrere Energieunternehmen wurden bereits privatisiert bzw. teilweise an ausländische Investoren veräußert, darunter z. B. 52,5% der Anteile der oberschlesischen Elektrocieplownia Bendzin SA an eine VEW-Tochter. Vorgesehen ist, bis zum Jahr 2002 Anteilspakete an nahezu allen Energieunternehmen an private Investoren zu veräußern. Die wichtigste Hürde bei der Privatisierung der Stromerzeuger und -verteiler sind die hohe Verschuldung der Branche (mindestens 13 Mrd. ZI) sowie die Monopolstellung des staatlichen Stromverteilers, Polskie Sieci Elektroenergetyczne (PSE), dessen Privatisierung erst im Jahr 2002 beginnen soll. In einem ersten Schritt wurde allerdings mit Inbetriebnahme der Strombörse zur Deregulierung der Energiepreise auch die Aufhebung der langfristigen Liefervereinbarungen geplant, in denen die PSE mit den meisten Stromerzeugern feste Abnahmepreise vereinbart hatte.

Im Ölsektor ist die Privatisierung ebenfalls in eine wichtige Phase getreten. Nachdem 1999 bereits 30% des Ölkonzerns PKN Orlen an die Börse gebracht worden waren, wurden im Juni letzten Jahres weitere 21% der PKN-Aktien an der Warschauer Börse veräußert. Die Privatisierung der zweiten polnischen Ölgesellschaft, der Rafineria Gdanska SA, befindet sich in Vorbereitung und gilt als entscheidend für die Umstrukturierung des gesamten Teilssektors.

Dagegen droht der Umstrukturierungsprozess im Kohlesektor aufgrund der hohen Verschuldung, die mit einer sinkenden Nachfrage einhergeht, sich weiter zu verzögern. Hinzu kommen ein hoher Modernisierungsbedarf in der Produktion sowie notwendige Investitionen in den Umweltschutz. Die Gesamtkosten der Umstrukturierung werden auf mehr als 1,4 Mrd. ZI geschätzt. Darin enthalten sind auch Aufwendungen für soziale Maßnahmen, die den erwarteten Stellenabbau in der Branche flankieren sollen.

Nach wie vor bereitet auch die Umstrukturierung im Stahlsektor große Schwierigkeiten. Die EU-Kommission mahnt bereits seit längerem eine durchgreifende Sanierung der polnischen Stahlhütten an. Zuletzt brach die britisch-holländische Corus-Gruppe die Verhandlungen über ein Joint Venture

mit dem Stahlwerk Huta Katowice ab. Der hoch verschuldeten Stahlhütte droht nun der Konkurs, sollte die notwendige Finanzierung nicht kurzfristig sichergestellt werden können. Die Regierung plant in Kürze die Vorlage eines überarbeiteten Maßnahmenpakets zur Privatisierung und Modernisierung der großen polnischen Stahlwerke.

Negative Signale an ausländische Investoren gingen von dem Verhalten des – inzwischen abgelösten – Schatzministers Chronowski im Fall der größten polnischen Versicherungsgesellschaft Powszechny Zaklad Ubezpieczen (PZU) aus, die das Image Polens als investorenfreundlicher Beitrittskandidat der EU beeinträchtigen könnten. So forderte das Schatzministerium im November letzten Jahres nach monatelangen Querelen die Annullierung der ursprünglichen Privatisierungsvereinbarungen aus dem Jahr 1999, die dem Konsortium aus der holländischen Versicherungsgruppe Eureko, an der acht europäische Finanzinstitute beteiligt sind, und der BIG Bank Gdanski beim Erwerb eines Anteils von insgesamt 30% an PZU zugleich ein im Jahr 2000 fälliges Vorkaufsrecht für wenigstens weitere 20% der Anteile einräumten. Gleichzeitig wurde das gesamte, vom privaten Käuferkonsortium und dem Vorgänger Chronowskis (Emil Wasacz) gemeinsam bestellte Management entlassen. Eureko hat inzwischen Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingelegt.

Für das laufende Jahr erwartet das Finanzministerium Einnahmen aus der Privatisierung von Staatsunternehmen in Höhe von 18 Mrd. Zl, wovon 11 Mrd. Zl für die Finanzierung der Rentenreform vorgesehen sind. Neben der geplanten Fortsetzung der Privatisierung des Telekommunikationsunternehmens TPSA, der Versicherungsgesellschaft PZU, der polnischen Luftfahrtgesellschaft LOT sowie der Ö raffinerien sollen die Schwerpunkte der Privatisierungsmaßnahmen in den Sektoren Stahl, Strom, Chemie und Verteidigung liegen. Allerdings ist zu bezweifeln, dass die erwarteten Privatisierungserlöse auch tatsächlich in diesem Jahr erzielt werden können. So scheint z.B. France Télécom nicht länger an einer Ausübung ihrer Option auf die Aufstockung ihrer Beteiligung an TPSA interessiert zu sein. Und auch der vom ehemaligen Schatzminister angestrebte Verkauf weiterer Anteile an PZU ist zum ge-

genwärtigen Zeitpunkt fraglich, zumindest aber ist eine Verzögerung der geplanten Anteilsveräußerung wahrscheinlich. Einen Rückschlag erlitt auch der Versuch, endlich ein Entschädigungsgesetz für Opfer von Enteignungen aus kommunistischer Zeit in Kraft treten zu lassen. Staatspräsident Kwasniewski legte sein Veto gegen das schon vom Sejm verabschiedete Gesetz ein, weil es einerseits zu teuer, andererseits die Entschädigungen auf Personen beschränkte, die zum Zeitpunkt der Enteignung und am Stichtag 31. Dezember 1989 polnische Staatsbürger waren.

Politisch steht Polen im Herbst voraussichtlich vor einer Wende. Nachdem die polnische Bevölkerung im Oktober 2000 erneut Aleksander Kwasniewski zum Staatspräsidenten gewählt hat, dürfte die linke SLD allen Meinungsumfragen zufolge im Herbst wieder führende politische Kraft werden. Schon im Frühjahr ist die konservativ liberale Koalition wegen tiefgreifender, auch wirtschaftspolitischer Differenzen auseinandergebrochen. Ministerpräsident Buzek konnte politisch nur überleben, weil die AWS der Ernennung von Leszek Balcerowicz zum Zentralbankchef zustimmte und die Freiheitsunion umgekehrt dann den Haushalt im Parlament passieren ließ. Eine Alleinregierung der SLD dürfte eher unwahrscheinlich sein, sodass entweder eine Koalition mit der Bauernpartei PSL oder der Freiheitsunion möglich wäre. Letztere wurde allerdings durch die Gründung einer konservativ-liberalen Strömung „Bürgerplattform“ unter Führung des vergleichsweise erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten Olechowski geschwächt. Ob sich diese Bewegung schon im Herbst als ernsthafte politische Kraft etablieren wird, ist indes völlig offen. Eine stabile Koalition mit einem klaren wirtschaftspolitischen Programm wäre auch für die EU-Beitrittsverhandlungen wichtig. Polen hinkt in einigen Verhandlungskapiteln hinterher. Ein EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 oder 2005 ist dann möglich, wenn die neue Regierung eine flexible und realistische Beitritts- und Verhandlungsstrategie entwickelt.

WOLFGANG QUAISSER,
ALEXANDRA REPPEGATHER

Polen

Fläche: 312,7 Tsd. km²; Bevölkerung: 38,644 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. PLZ ¹	385,5	469,3	549,5	618,5	690,4	749,8
BIP	Mrd. USD	142,7	143,1	157,2	154,1	158,8	177,6
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	6,0	6,8	4,8	4,1	4,1	2,9
BIP pro Kopf	USD,						
	amtl. Wechselkurs	3702	3928	4080	4033	4109	4595
	Kaufkraftparität	7310	7970	8470	8920	9440	.
BIP	Index 1989=100	104,3	111,4	116,8	121,5	126,4	130,1
Industrie	Index 1989=100	102,3	114,1	118,1	123,2	131,5	137,5
Produktionsentwicklung²							
Industrie ³	Veränd. gg. Vorj., %	8,3	11,5	3,5	4,3	6,8	4,5
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	0,7	-0,2	5,9	-5,6	-4,1	0
Bauwesen (Montagebau)	Veränd. gg. Vorj., %	4,6	17,1	11,0	3,0	-1,0	3,0
Wohnungsbau ⁴	Veränd. gg. Vorj., %	-7,4	18,6	9,3	1,7	6,9	10
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP	26,2	25,8	24,3	24,0	24,3	.
Land-, Forst- u. Fischereiw.	% des BIP	5,6	4,8	4,3	3,8	.	.
Bauwesen	% des BIP	6,5	6,9	7,4	7,7	7,2	.
Dienstleistungen	% der Bruttowert. ⁵	(56,1)	(57,2)	(59,0)	(59,6)	.	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	60,1	65	66	70	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	52,4	64,2	69,1	69,8	69,5	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	64,1	68,8	70,8	72,3	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	19,2	22,2	15,3	6,5	3,1	4,1
Investitionsquote, lt. VGR	% des BIP	18,0	23,6	25,3	25,5	25,2	.
Zufluss von Direktinvest.							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	2741	3080	5129	6471	8294	.
Investitionsbehörde	Mrd. USD	5,2	5,7	10,1	8,3	10,6	6-10
aus Deutschland ⁶	Mio. DM	2376	2256	3741	4313	1621	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, JD	Mio. Personen	15,0	15,4	15,8	15,7	15,5	14,8
in der Industrie	% d. ges. Besch.	24,8	24,2	23,4	22,3	22,0	.
in der Landwirtschaft	% d. ges. Besch.	26,7	25,8	25,1	25,7	25,0	.
Arbeitslosenquote, JE ⁸	%	13,2	10,5	10,4	13,0	15,0	16,6
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JD	Veränd. gg. Vorj., %	29,0	22,2	25,1	19,5	11,7	12,8
Zinssatz, JE ⁹	%, Rediskontsatz ¹⁰	22,0	24,5	18,2	19,0	21,5	17,0
Zinssatz, JE ⁹	%, jährl., Spareinl.	19,3	20,9	12,0	12,2	13,0	.
Zinssatz, JE ⁹	%, jährl., aufg. Kred.	26,5	25,9	24,7	20,1	20,7	.
Realzins, JE ⁹	%, jährl., Spareinl.	-1,4	4,6	6,3	4,9	2,9	.
Realzins (KPI), JE	%, jährl., aufg. Kred.	6,6	11,0	12,8	12,8	10,6	.
Realzins (IPI), JE	%, jährl., aufg. Kred.	14,4	13,7	17,4	14,4	12,8	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD ¹¹	Veränd. gg. Vorj., %	19,9	14,9	11,9	7,3	10,1	5,6
Konsumgüterpreise, JE ¹²	Veränd. gg. Vorj., %	18,5	13,2	8,6	9,8	8,5	.
Industriegüterpreise, JD ¹¹	Veränd. gg. Vorj., %	12,4	12,2	7,3	5,6	7,9	3,1
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, JD	Veränd. gg. Vorj., %	26,3	21,5	16,3	11,1	2,6	1,5
Privater Verbrauch, real, lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	8,2	6,9	4,7	4,9	2,4	2,4
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	4,5	6,8	3,6	3,5	3,6	.
Sparquote (brutto) ¹⁴	% des verf. Einkom.	12,8	13,1	13,2	10,8	9,6	10,0

Polen – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn,	USD,						
brutto	amtl. Wechselkurs	324	325	355	430	443	.
brutto	Kaufkraftparität	638	696	737	955	1012	.
netto	Kaufkraftparität	518	621	664	.	.	.
Durchschn. Monatslohn,	Euro,						
brutto	amtl. Wechselkurs	270	304	335	404	480	.
brutto	Kaufkraftparität	591	635	668	880	929	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%	46,8
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	61,2	60,6	59,5	47,8	45,5	.
Haushalte unter der							
Armutsgrenze	%	.	15
(OECD-Def. ¹⁵)							
Armutsgrenze, Umfrage ¹⁵		.	31
Öffentliche Haushalte							
Staatshaushalt							
Einnahmen	Mrd. PLZ	99,7	119,7	126,5	125,9	135,7	148,4
Ausgaben	Mrd. PLZ	108,9	125,6	139,8	138,5	151,1	181,6
Budgetsaldo	Mrd. PLZ	-9,1	-5,9	-13,3	-12,6	-15,4	-33,2
Budgetsaldo	% des BIP	-3,4	-2,6	-2,4	-2,0	-2,2	-4,4
öffentl. Haushalt	% des BIP	-3,1	-3,1	-2,6	-3,2	-3,3	-4,8
öffentl. Haushalt (konsolidiert) ¹⁶	% des BIP	-4,4	-4,2
öffentl. Verschuldung	% des BIP ¹⁷	47,8	46,9	42,9	42,9	38,8	37,2
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Außenhandelsstatistik							
Export	Mio. USD	24440	25750	28230	27410	31650	32540
Import	Mio. USD	37137	42310	47050	45750	48940	48870
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-12697	-16560	-18830	-18340	-17290	-16330
Zahlungsbilanzstatistik							
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-8154	-11289	-13667	-14462	-13170	-13780
Anteile wichtiger Handels-							
partner ²¹							
Export nach							
EU	% der Exporte	66,3	64,0	68,4	70,5	70,7	.
Deutschland	% der Exporte	34,4	32,8	36,3	36,1	35,2	.
MOE einschl. ehem. SU	% der Exporte	20,0	24,4	21,1	17,2	16,9	.
GUS	% der Exporte	12,3	.	.	.	9,1	.
Russland	% der Exporte	6,7	8,4	5,6	2,6	2,5	.
CEFTA	% der Exporte	5,6	6,8	7,1	8,1	8,2	.
Import aus							
EU	% der Importe	63,9	63,8	65,7	64,9	62,1	.
Deutschland	% der Importe	24,7	24,1	26,4	25,2	24,2	.
MOE einschl. ehem. SU	% der Importe	15,3	14,9	13,3	14,2	18,3	.
GUS	% der Importe	9,2	.	.	.	11,4	.
Russland	% der Importe	6,9	6,4	5,1	5,9	9,0	.
CEFTA	% der Importe	5,6	6,3	6,3	6,7	7,2	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	16366,1	20668,8	24112,5	24156,5	28367,0	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	12101,8	14346,7	16442,5	18009,5	23303,0	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	4264,3	6322,1	7670,0	6147,0	5064,0	.

Polen – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-8505	-10342
Leistungsbilanzsaldo korr. ¹⁸	Mio. USD	-1350	-4312	-6810	-11569	-9892	-10020
Leistungsbilanzsaldo korr.	% des BIP (USD)	-1,0	-3,4	-4,3	-7,5	-6,3	-5,7
Währungsreserven, JE	Mio. USD	18033	20670	27382	27310	27467	29160
Wechselkurs, JD ¹⁹	Zloty/USD	2,6965	3,2808	3,4858	3,9671	4,3464	4,2200
Wechselkurs, JD ¹⁹	Zloty/Euro		3,7100	3,9200	4,2270	4,0110	4,4900
Realer Wechselkurs, JD ²⁰	Veränd. gg. Vorj., %	3,9	-1,4	4,1	-3,6	8,8	.
Terms of Trade	Index 1990=100	111,1	110,4	114,7	115,7	111,1	.
Auslandsverschuldung,							
brutto	Mio. USD, Dez.	47354	48914	56867	64350	63800	.
netto	Mio. USD, Dez.	18891	14067	15400	.	.	.
brutto	% des BIP	33,1	34,2	36,2	41,7	40,2	.
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte	170	158	168	234	201	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	8,9	6,6	10,4	16,8	13,5	.

Anmerkung: * = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ PLZ = Neuer Polnischer Zloty; ² Bruttoproduktionswerte, reale Entwicklung; ³ Verkaufte Industrieproduktion; ⁴ zur Nutzung übergebene Wohnungen; ⁵ in % der Bruttowertschöpfung; ⁶ Deutsche Netto-Direktinvestitionen, Angaben der deutschen Zahlungsbilanzstatistik, für 1995 ohne reinvestierte Gewinne; ⁷ Beschäftigte im Unternehmenssektor; ⁸ Stand Ende des Jahres, Relation der Arbeitslosen zur wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in der zivilen Wirtschaft; ⁹ Zinssätze jeweils Mittelwert des niedrigsten und höchsten Zinssatzes; ¹⁰ Refinanzierungssatz der Zentralbank, Ende des Jahres; ¹¹ Veränderung bezogen auf den jahresdurchschnittlichen Wert; ¹² Veränderung von Dezember zu Dezember des Vorjahres; ¹³ Für 1996 und 1997 Bruttolöhne; ¹⁴ Sparquote der privaten Haushalte, Ersparnisse der Bevölkerung zum verfügbaren Einkommen; ¹⁵ OECD-Definition: unter 50% der durchschnittlichen Ausgaben der Haushalte; Armutsgrenze basierend auf der subjektiven Einschätzung der Haushalte, ermittelt auf Basis von Umfragen; ¹⁶ Ohne Privatisierungserlöse; ¹⁷ Neue Methode berücksichtigt Schattenwirtschaft; ¹⁸ Leistungsbilanzsaldo um den nicht-registrierten Handel korrigiert; ¹⁹ Jahresdurchschnittlicher Wechselkurs, für 1. Hj. Wechselkurs Juni 2000; ²⁰ Effektiver realer Wechselkurs berechnet auf Basis der Produzentenpreise, berücksichtigt wurden die acht in Polen notierten ausländischen Währungen; ²¹ 2000 Angaben für die Periode Januar bis September.

Quellen: Statistisches Hauptamt GUS, Zentrales Planungsamt: CUP, Polnische Nationalbank: NBP, Angaben des polnischen Sozialministeriums, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: WIIW, Statistisches Bundesamt Wiesbaden.